

„Da steckt viel Show dahinter“

MdL Alexander Muthmann spricht im PNP-Interview über die Projekte von Markus Söder und fordert mehr Geld für Bildung

Passau. Der Freyunger Alexander Muthmann ist derzeit der einzige FDP-Politiker im Landtag. Nachdem er am 4. Oktober 2017 aus der Partei der Freien Wähler aus- und zur FDP übertrat, nimmt er sein Landtagsmandat als fraktionsloser Abgeordneter für diese Partei wahr. Muthmann sieht gute Chancen für Verstärkung im Herbst und stellt der aktuellen Politik der CSU-Staatsregierung kein gutes Zeugnis aus.

Sie sitzen als einziger FDP-Politiker im Landtag. Wie fühlt man sich da, als Don Quichotte der Opposition?

Alexander Muthmann: Opposition ist ohnehin ein mühsames Geschäft. Natürlich ist es so, dass ein Solist angesichts der Fülle der im Landtag behandelten Themen nicht alle Bereiche in der notwendigen Tiefe begleiten kann. Aber ich bereite mich gut vor und bringe mich bei den Themen gleichwertige Lebensbedingungen, Bildungs- und Sicherheitspolitik voll ein.

Wie beurteilen Sie die Chancen, dass die FDP im Herbst in den Landtag einzieht?

Muthmann: Ich halte es für notwendig, dass sie wieder mitspielt. Auch angesichts des Aktionismus und der vielen angekündigten Maßnahmen des Ministerpräsidenten, der finanziell aus dem Vollen schöpft und sogar Rücklagen antastet. Hier ist die Grundhaltung der FDP gefragt, aufzupassen, dass es nicht zu viel Staat wird, dass immer noch der Einzelne selbst verantwortlich ist für das, was er tut.

Ihre Hoffnung gründet darauf, dass der Bürger die Notwendigkeit der FDP-Existenz erkennt?

Muthmann: Eine gesellschaftliche Kraft der Mitte mit einer etwas anderen Grundausrichtung, was Freiheitsrecht angeht, ist ganz wichtig. Die Tendenzen, dass die Außenbereiche des politischen Spektrums stärker werden, sind sehr beunruhigend. Für eine bürgerschaftliche, tolerante, weltoffene Mitte stellt die FDP ein wirklich gutes Angebot dar.

„Zu viel Fachpolitik ohne Fachpolitiker“

Was sagen Sie denn zum Auftreten ihrer Parteikollegin Josefa Schmid in Sachen BAMF?

Muthmann: Unabhängig von der Person möchte ich sagen, es ist offenkundig, dass hier einiges im Argen liegt. Man muss aufpassen, dass alle Akteure jetzt an der Sache orientiert die Dinge optimieren und nicht je nach Stimmungs- und Interessenlage politisches Kapital daraus zu schlagen versuchen. Das würde der Wichtigkeit der Aufgabe und der Behörde nicht gerecht werden.

Aber eine FDP-Politikerin, die eine gute Figur macht, kann ja nicht schaden?

Muthmann: Das ist wohl wahr.

2014 hat sich unter Heimatminister Söder im Landtag eine spezielle Enquete-Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern“ konstituiert. Was wurde erreicht? Genug?

Muthmann: Ich war Mitglied dieser Kommission und bin vom Ergebnis enttäuscht. Da wurde eine

und Sicherheit geht, muss man sich mehr Zeit nehmen. Das kann das ganze Koordinatensystem eines Staates verändern. Zwei Wochen vorher hat der Innenminister die Kriminalitätsstatistik vorgelegt, wonach die schweren Verbrechen zurückgegangen und die Aufklärungsquoten gut sind. Angesichts dieser Tatsachen sollte man nicht mit Ängsten und Verunsicherung in der Bevölkerung agieren. Es ist mit Blick auf ver-

sehr deutlich erkennen lassen, dass auch die Kollegen von der CSU nicht so genau wissen, was damit eigentlich gemeint ist. Ursprünglich hat Söder gesagt: Das ist mehr als eine „Schleierfahndung plus.“ Das Mehr bleibt aber offen. Da steckt viel Show dahinter. Es ist ohne Not eine zusätzliche Behörde etabliert worden. Und die Polizeiinspektionen, die alle gut Verstärkung gebrauchen könnten, werden die Leidtragenden sein. Die angekündigten zusätzlichen Polizisten stehen nicht auf der Straße, die muss man anderswo abziehen.

Wie sehen Sie das Thema Zuwanderung?

Muthmann: Richtig gemacht und richtig aufgesetzt ist Zuwanderung notwendig. Das gilt es mal wieder zu kommunizieren in dieser sehr aufgeregten Debatte. Bei unseren Unternehmen kann man deutlich sehen, welche Wertschöpfung nicht stattfindet, weil die Menschen fehlen, die die Arbeit machen sollen. Wir brauchen eine offene Gesellschaft.

Grenzt sich die FDP da deutlich genug gegen die AfD ab?

Muthmann: Natürlich. Die AfD schürt Ängste und predigt Abschottung. Das Thema muss man sachlich bewerten. Ein Blick zurück in die Geschichte zeigt, dass die Bayern immer schon nicht für sich geblieben sind und von Zuwanderungen profitiert haben. So wird es auch in der Zukunft sein müssen. Das muss man offen angehen. Es ist ganz wesentlich, die angstgeprägte Debatte zu entmystifizieren und realitätsnäher zu bewerten. Aber zur AfD, da müssen wir eine breite Diskussion führen, die dazu führt, diese Partei überflüssig zu machen.

Digitale Bildung als Chance sehen

„Die Staatsregierung hat keinen Kompass für die Digitale Bildung“, haben Sie jüngst gesagt. Hat Ihnen Herr Söder geantwortet?

Muthmann: Nein, ich erwarte auch gar keine persönliche Antwort, aber in der politischen Debatte sehr wohl. Das Thema ist ein breites und gesellschaftlich forderndes, das seinen Lackmustest in der Bildungspolitik erfahren wird. Wenn es uns da gelingt, die Chancen des Digitalen richtig zu nutzen, dann ist das auch eine Chance für die Zukunft der Region. Wenn es nicht gelingt, die Innovationskraft, die Neugierde auf das Neue zu wecken und vernünftig zu steuern, ist eine ganz zentrale Chance vertan. Natürlich darf es uns nicht passieren, dass wir in der Digitalisierung der Wirtschaft und der Bildung per se das Allheilmittel sehen. Da stecken auch erhebliche Risiken drin. Eine völlige

Digitalisierung des Privaten ist auch eine Gefährdung des Privaten.

Der ehemalige Bildungsminister Spaenle hat ja noch letztes Jahr das digitale Klassenzimmer angekündigt.

Muthmann: Ja, angekündigt, aber von der Umsetzung sind wir noch weit weg. Da kommt nicht nur die Frage der Ausstattung mit Hardware und Software, sondern auch, wie wir die Lehrerinnen und Lehrer für die Nutzung dieser Möglichkeiten fit machen. Und: Wie viel Digitalisierung will ich wirklich?

Wo sehen Sie Risiken und Chancen aus regionaler Sicht?

Muthmann: Aufgabe der Bildungsarbeit ist es auch, die Probleme und Herausforderungen klar zu machen. Das Thema Bildung muss sowohl politisch wie gesamtgesellschaftlich diskutiert werden. Es gibt heute schon massive Unterschiede in den einzelnen Schulen. Da haben die Gemeinden große Sorgen. In Unterschleißheim oder Grünwald fragt der Bürgermeister, „was braucht ihr“ und beschafft es. Bei uns in der Region tun sich die Landkreise und Gemeinden jetzt schon schwer, die vielfältigen Erwartungen der Bürger zu erfüllen. Alle zehn Jahre eine Schiefertafel war finanzierbar, aber alle zwei Jahre eine neue Generation Laptops für alle Schüler, da werden sich schnell Spreu und Weizen trennen und sich unterschiedliche Ausbildungsqualitäten entwickeln. Das darf auf keinen Fall passieren. Da ist die Staatsregierung bislang jede klare Antwort schuldig geblieben, wie hier ein Förderungsprogramm aussehen könnte, und ein bildungspolitisches Konzept fehlt völlig.

Muss man dem neuen Minister Sibler Dampf machen?

Muthmann: Ich bin mit ihm im Gespräch. Wenn er das richtig intensiv anpackt, kann er die Unterstützung vieler bekommen. Aber er muss jetzt schon erkennen lassen, dass er nicht eine reine Fortsetzung der populären und auch geschickten Ankündigungspolitik von Spaenle macht, sondern dass da Substanz nachgeschoben wird. Wenn er dafür Geld und Personal fordert, dann scheitert er nicht an meiner Unterstützung

Ist genügend Geld da? Markus Söder legt gerade einen erneuten Nachtragshaushalt auf?

Muthmann: Das muss er, um all seine angekündigten Projekte finanzieren zu können. Mir ist alles zu teuer und zu aufwändig, was diese wahlkampfbedingten Prestigeobjekte kosten werden. Auf Dauer ist das nicht zu leisten.

Interview: Stefan Rammer



Von Zuwanderung kann die Region auch profitieren, meint der fraktionslose Landtagsabgeordnete Alexander Muthmann, der von den Freien Wählern zur FDP gewechselt ist. – Foto: Eckelt

Chance vertan, weil zu viel Fachpolitik im Detail gemacht wurde, Bildung, ÖPNV, Sozialpolitik, Verkehrs- und Infrastruktur – es gab viel Fachpolitik ohne Fachpolitiker und zu wenig systematisches Erarbeiten der wirklich wichtigen Fragen. Die ganz zentrale Frage ist: Wann kann man von Gleichwertigkeit reden? Ich habe versucht, dafür Indikatoren zu etablieren. Leider ist das nicht in der nötigen Tiefe und Konsequenz verfolgt worden. Die Frage, wie man mit der jeweiligen Region ins Gespräch kommt, wurde nicht beantwortet. Die Regionen müssen erklären können, was ihnen wichtig ist, welche Schwerpunkte man setzen will. Auf diese Frage hat die Kommission keine Antwort.

Sie haben Söder angesprochen. Er ist sehr aktiv. Wie sehen Sie seine Projekte, etwa das Polizeiaufgabengesetz?

Muthmann: Ich habe mich gegen die Novelle ausgesprochen, schon allein deswegen, weil es übers Knie gebrochen war. Für eine solche große Reform in diesem zentralen gesellschaftlichen Bereich, wo es um die Balance von Freiheit

meintlich drohende oder tatsächliche Anschläge gearbeitet und das ganze Befugnisinstrumentarium erweitert worden. Auch die Eingriffsschwelle wurde vorverlegt. Da hätte man in aller Ruhe darüber diskutieren müssen. Es existieren ja auch Angst und Besorgnis in der Bevölkerung, dass es mit dem neuen Gesetz zu viele staatliche Eingriffs- und Überwachungsmöglichkeiten gibt. Darüber hinwegzugehen, halte ich für falsch.

Bleiben wir bei der Polizei, Stichwort Grenzpolizei. Sie waren dagegen.

Muthmann: Im Wesentlichen mit der gleichen Argumentation. Erstens sind die Zuständigkeiten klar. Für die Grenzsicherung ist der Bund zuständig. Dann wird auch über die Maßen mit Ängsten argumentiert und diese werden sogar erst geschürt. Es ist auch ein Affront gegen die Bundespolizei. Wenn man meint, noch was machen zu müssen, dann braucht man keine bayerische Kavallerie zu etablieren, sondern dann muss man sich mit der Bundespolizei ins Benehmen setzen. Im Übrigen hat die Debatte im Landtag auch